

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. Nr. Fernruf: F 7 Jannowitz 5999. Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 242 B

BERLIN • Freitag, den 14. Oktober 1932

I. JAHRGANG

Weltgeltung durch Kanonen!

Die vornehmste Aufgabe der Reichsregierung.

Im außenpolitischen Teil seiner Münchener Rede hat Herr von Papen erklärt, daß er es als

die vornehmste Aufgabe der Reichsregierung betrachte, die Hoheit des Reiches in seiner Weltgeltung wieder zum Ausdruck zu bringen.

Er wünscht, daß Deutschland den „ihm“ gebührenden Platz neben, nicht unter den übrigen Völkern“ einnehme.

Daß es mit der von Herrn von Papen so hochgeschätzten Weltgeltung Deutschlands schlecht steht und daß es ganz nützlich wäre, diese zu bessern, ist unbestreitbar. Daran ist nicht nur die Rolle schuld, die Deutschland 1914 und vordem gespielt hat, sondern auch die deutsche Außenpolitik der Nachkriegszeit, insbesondere der Regierungszeit Brüning und Papens. Auch die innenpolitischen Zustände in Deutschland dienen nicht dazu, diesem Lande Geltung in der Welt zu verschaffen.

Papen will die „Hoheit des Reiches in seiner Weltgeltung“ aber nicht „zum Ausdruck“ bringen, indem er seine Politik entsprechend ändert, sondern indem er dem Deutschen Reich Kanonen verschafft, damit es „neben, nicht unter den übrigen Völkern“ Platz nehme.

Wenn ein Kanzler die Weltgeltung des durch ihn vertretenen Landes in nichts anderem sieht, als in einem Bestand an Tanks, Kanonen und U-Booten, der dem des Nachbarn gleich ist, und wenn er in der Durchsetzung der so verstandenen Weltgeltung seine vornehmste Aufgabe sieht, dann beginnt man zu bezweifeln, daß sein Ziel „ein einiges und brüderliches Abendland“ ist, „ein friedliches Europa, das geordnet ist nach den ewigen Gesetzen der Gerechtigkeit und Selbstbestimmung der Völker“.

Aber selbst wenn es richtig ist, daß die Geltung in der kapitalistischen Welt nur durch Kanonen erworben werden kann, so hat die Mehrzahl der Menschen, nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich und allen anderen Ländern, weit weniger Interesse an der „Weltgeltung“ Deutschlands, als an der Sicherung des Friedens. Und der ist unter allen Umständen besser gesichert, wenn nicht auch Deutschland noch eine Menge Kanonen und anderes Mordwerkzeug besitzt.

Eine Antwort aus England.

Am gleichen Tage, an dem Papen in München darüber sprach, was er als vornehmste Aufgabe der Reichsregierung betrachte, haben ihm englische Politiker darauf eine Antwort gegeben, die in erfreulichem Gegensatz zu Papens Aussprüchen steht.

In den „Times“ wird zu der Rüstungsforderung Deutschlands in einem Manifest Stellung genommen, das die Unterschriften von 25 bekannten englischen Persönlichkeiten trägt; darunter sind Lansbury und andere Mitglieder der Labour Party, Lloyd George, der Führer der am weitesten links stehenden Liberalen, und eine Anzahl anderer Liberaler. Auch Oberrabbiner Hertz hat das Manifest unterzeichnet und Lord Lothian, der Unterstaatssekretär für Indien.

In dem Manifest werden drei Möglichkeiten für die weitere Entwicklung der Rüstungsfrage aufgezählt:

1. Allgemeine Herabsetzung der Rüstungen.
2. Einseitiger Vertragsbruch Deutschlands.
3. Begrenzte verabredete Wiederaufrüstung Deutschlands über die im Friedensvertrag gesetzten Grenzen hinaus.

Die Gefahr, daß es zu Punkt 2 kommt, sei so groß, daß die Staatsmänner der Welt alle Anstrengungen machen würden, sie zu verhindern. Es sei zu befürchten, daß es mangels einer erfolgreichen Durchführung von Punkt 1, zu Punkt 3 kommen wird. Wenn aber, so fährt das Manifest fort,

Deutschland die Möglichkeit einer Wiederbewaffnung erhält, dann werden diejenigen Kreise in Deutschland gestärkt werden, die sich einer späteren allgemeinen Abrüstung widersetzen würden.

Und dann wäre ein Wettüften kaum zu vermeiden!

Angesichts dieser Lage fordert das Manifest die Durchführung eines Abrüstungsplanes, der zur Grundlage der vier Punkte des Juli-Protokolls der Abrüstungskonferenz

Aufstände in Jugoslawien.

Schwere Kämpfe und fürchterlicher Terror.

• Der „Manchester Guardian“ erfährt, daß in dem Lika-Bezirk von Kroatien, an der Adriatischen Küste, ein Aufstand ausgebrochen sei. Ungefähr 1500 Mann Polizei und schwerbewaffnetes Militär sind in diesem Bezirk mit der Unterdrückung der Bewegung beschäftigt. In der Gegend der Küste kreuzen einige Zerstörer. Außerdem sollen serbische Banden, die jahrelang einen fürchterlichen Terror unter der mazedonischen Bevölkerung geübt haben, zum ersten Mal nach Kroatien gekommen sein und die Polizei in ihrem Kampf gegen die Aufständischen unterstützen. In vielen Dörfern ist ein großer Teil der Bevölkerung gefangen genommen worden, die Stadt Gospic, die Hauptstadt des Bezirks, soll fast nur noch ein einziges großes Gefängnis sein.

Die Polizei gibt an, geheime Vorbereitungen für eine Revolution, die für den nächsten Frühling geplant

AUS DEM INHALT:

Drei gegen Dreihunderttausend.

Severing über seine Kommissariatspläne.

358364 Kirchenaustritte in Berlin.

Wahlterror über Deutschland.

Der Stufengang zum Kriege.

Ein Quadratmeter kostet 765 Mark.

gewesen sei, aufgedeckt zu haben. Sie hat große Mengen Waffen entdeckt, die ihrer Ansicht nach von einem italienischen U-Boot aus an der Küste von Dalmatien an Land gebracht worden sind!

Terrorisierung eines Kriegsdienstverweigerers.

Ein flämischer Pazifist R. A. Simoens wurde von dem belgischen Militärgericht wegen Verweigerung des Militärdienstes im Juni zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis wurde er aufgefordert, sich wieder zum Militärdienst zu melden. Als er sich weigerte, der Aufforderung nachzukommen, wurde er zum zweiten Mal festgenommen.

Wie schon nach seiner ersten Festnahme ist Simoens auch jetzt sofort in den Hungerstreik getreten.

Die Eltern des Gefangenen, die sich mit großer Aufopferung für ihn eingesetzt haben, und das Internationale Antimilitaristische Büro haben bei dem belgischen Minister für Landesverteidigung Beschwerde dagegen eingelegt, daß Simoens wegen derselben Tat ein zweites Mal verhaftet worden ist. In Brüssel ist von einer Anzahl pazifistischer Organisationen eine große Protestversammlung einberufen worden.

hat: qualitative Abrüstung, allgemeine Herabsetzung der Rüstungen, Begrenzung der Militärausgaben und internationale Kontrolle. Dazu kämen der Hoover-Plan und die Vorschläge Mussolinis.

Es sei die Aufgabe Englands, das den Schlüssel zur Lage in der Hand halte, mit den Vereinigten Staaten in der Abrüstungsfrage zusammenzuarbeiten und führend zu sein.

Man könne hoffen, daß sich Frankreich und Deutschland dann anschließen würden. Daß es in Deutschland auch Kräfte gibt, die gegen eine Wiederaufrüstung sind, werde durch das Beispiel der Stellungnahme der SPD zu Papens Forderung bewiesen. Der Brief schließt mit einer Aufforderung an die englische Regierung, mit einer mutigen und entschlossenen Politik hervorzutreten, von der das Schicksal Europas und der Welt mehr als je abhängt.

Diese Darlegung dessen, was führende Engländer als die vornehmste Aufgabe der Regierung betrachten, ist nicht nur deshalb erfreulich, weil darin die deutsche Forderung, unter Umständen aufrüsten zu dürfen, die wir für verhängnisvoll halten, zurückgewiesen wird. Der Wert des Manifestes besteht vielmehr darin, daß es sich nicht darauf beschränkt, Deutschlands Wiederaufrüstung zu verurteilen, und auch nicht darauf, fromme Wünsche nach Genf zu richten, sondern daß es konkret

von der eigenen Regierung fordert, den Anfang zu machen mit der Abrüstung, zusammen mit den Vereinigten Staaten, die ja durch den Hoover-Plan ihre Bereitwilligkeit zur Abrüstung proklamiert haben.

Hilde Meisel.

Lloyd Georges Rede.

Lloyd George hielt auf der Jahresversammlung der internationalen Friedensgesellschaft eine Rede, in der er darauf hinwies, daß die ernststen Mißverständnisse, die es heute in der Welt gäbe, und

die Zahl der Menschen, die zum Töten ausgebildet würden, größer seien als 1914.

Daß niemand den Krieg wolle, bedeute nicht, daß es nicht zum Krieg kommen würde. Lloyd George sprach dann

über den Versailler Vertrag und sagte: „Wir Engländer haben uns in Uebereinstimmung mit dem Versailler Vertrag zur Abrüstung verpflichtet, haben sie aber nicht durchgeführt. Als diese Dokumente unterzeichnet wurden, da hatte schon die Mehrheit der unterzeichnenden Mächte nicht die Absicht, sie auszuführen. . . . Nachdem wir unser Wort gegeben haben, sollten wir Engländer es ehrlich, treu und ritterlich halten.“

Neues Hindernis für die Abrüstung.

Der französische Botschafter in Washington, Claudel, erklärte dem Präsidenten Hoover, daß Frankreich keiner Abrüstung zustimmen könnte, ehe es ein Abkommen mit den Vereinigten Staaten eingegangen sei, in dem diese die Bürgschaft für die französische Sicherheit übernehmen.

Diese Erklärung ist offensichtlich eine Antwort auf den amerikanischen Standpunkt, daß sich die europäischen Mächte erst einmal unter einander einigen sollten, und auf den Hoover-Plan, der eine sofortige umfassende Abrüstung verlangt. In den Vereinigten Staaten wird die französische Forderung, wenn Herriot darauf bestehen bleibt, als ein unüberwindbares Hindernis für die Beschränkung der Rüstungen betrachtet.

Daß es tatsächlich mit den Aussichten für die Abrüstung schlechter steht denn je, wird von den amerikanischen Botschaftern in Europa bestätigt, die sich augenblicklich in Washington aufhalten. Diese berichten, daß das Mißtrauen und der Argwohn zwischen den europäischen Nationen ständig zunehme, und daß die Militärsachverständigen in Genf mehr als je zuvor jeder Schwächung der Verteidigungskraft ihrer Länder abgeneigt seien.

Protest gegen den Gaskrieg.

Die „China-Post“ protestiert gegen den japanischen Giftgas-Angriff auf chinesische Freischützer, der ungeheure Menschenopfer gefordert haben soll. Die Zeitung erklärt, daß durch die Benutzung von Giftgasen das Haager Abkommen durch Japan verletzt worden sei. — Japan hat seit Beginn seines Feldzuges nach China und der Mandschurei schon so viele Abkommen, Verträge und Pakte verletzt, daß es ihm auf einen weiteren wohl auch nicht mehr ankommt!

Verschärfung der mandschurischen Kämpfe.

Japanischer Straffeldzug.

Die Japaner haben einen umfangreichen Straffeldzug gegen die chinesischen Freischärler begonnen, der sich über etwa drei Wochen erstrecken soll. (Vermutlich die Durchführung der in dem japanischen Ultimatum enthaltenen Drohung.) Der Feldzug wird von einem Heer von etwa 10 000 Mann ausgeführt, die mit allen modernen Waffen ausgerüstet sind. Sie wollen das von den Freischärlern eroberte Eisenbahn-Gebiet „säubern“.

In Mukden steht anscheinend eine große Schlacht zwischen Freischärlern und japanischen Truppen bevor. Aus Korea ist eine neue Fliegerabteilung in dem Kampfgebiet eingetroffen. Die Chinesen marschieren in mehreren Truppenteilen auf Mukden.

Nach japanischen Meldungen hat die japanische Expedition bereits am Dienstag und Mittwoch die chinesischen Freischaren zur ersten großen Schlacht gestellt. Nach vierzigstündigem erbitterten Ringen sollen die chinesischen Truppen vollständig in die Flucht geschlagen worden und die Verluste auf beiden Seiten sehr groß sein.

Japan zum Lytton-Bericht.

Die japanische Antwort auf den Lytton-Bericht, die in Form eines Memorandums erfolgen sollte, wird vorläufig nicht veröffentlicht, sondern lediglich dem Völkerbund, sowie den Regierungen der USA und der Sowjet-Union vorgelegt werden. Der japanische Botschafter in Washington ist angewiesen worden, der amerikanischen Regierung zu erklären, daß der Lytton-Bericht für Japan in jeder Form unannehmbar sei.

Neurath fährt nicht nach Genf.

Reichsaußenminister von Neurath hat dem Vorsitzenden der Abrüstungskonferenz, Henderson, mitteilen lassen, daß er zur Erörterung der gegenwärtigen Lage nicht nach Genf kommen könne, da die deutsche Regierung soeben die Einladung der englischen Regierung für einen Zusammentritt der vier Mächte in London angenommen habe. — Anscheinend sieht sich Neurath also gezwungen, mit gepackten Koffern in Berlin zu verharren, um jeden Tag zur Abreise zur Vier-Mächte-Konferenz bereit zu sein, obwohl bisher für diese weder Ort noch Datum feststehen.

Ein „gefallener Engel“.

Im Haushaltsausschuß der Völkerbundsversammlung wurde der Haushalt des Internationalen Arbeitsamts beraten. Der deutsche Vertreter, Staatssekretär von Rheinbaben, der sich anscheinend daran erinnerte, daß seine Regierung sich von niemanden an sozialer Gesinnung übertreffen lassen will, forderte eine Erhöhung der für sozialpolitische Ausschüsse angezeigten Beträge. Gerade in diesen Ausschüssen werde, so meinte er, zwischen Vertretern der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände praktische Arbeit geleistet. Der Vertreter der englischen Regierung, der diese Forderung scharf angriff, bezeichnete seinen deutschen Kollegen daraufhin als einen „gefallenen Engel“.

Eine Beruhigung für die englischen Schutzzöllner.

Die Fidschi-Inseln ratifizieren Ottawa.

Die Abmachungen der britischen Weltreich-Konferenz in Ottawa sind von dem gesetzgebenden Ausschuß der Fidschi-Inseln (Südseeinseln mit einem Flächeninhalt von 18 544 Quadratkilometern und einer Bevölkerung von 180 000 Einwohnern) ratifiziert worden.

Die in den Ottawaer Abmachungen enthaltenen Änderungen der kanadischen Zölle sind am Donnerstag in Kraft getreten.

Der Wortlaut der gesamten Verträge, die auf der Weltreich-Konferenz abgeschlossen worden sind, ist in einem Blaubuch der englischen Regierung veröffentlicht worden.

Drei gegen Dreihunderttausend.

Einige unserer bulgarischen Freunde schicken uns folgenden Bericht über eine gelungene Aktion für die Durchsetzung des Rechts. Abgesehen davon, daß diese Aktion ausgezeichnet gelungen ist, ist sie ein Beispiel, daß der Skandal der Stierkämpfe auf dem „halb-wilden Balkan“ eher auf organisierten Widerspruch stößt als in dem „zivilisierten Europa“, wo sie heute noch nicht völlig ausgerottet sind.

L. A. Als wir hörten, daß in der bulgarischen Hauptstadt Stierkämpfe stattfinden sollten, überlegten wir zu Dritt, was wir unternehmen könnten, um uns gegenüber den dreihunderttausend Einwohnern Sofias durchzusetzen. Es waren nicht etwa alle für die Ausführung dieses barbarischen Spiels; im Gegenteil: wir haben von Vielen sogar große Hilfe bekommen. Aber es mußten sich erst aktive Menschen finden, die die anderen anspornten, diesen Schritt in die Barbarei verhindern zu helfen.

Nachdem wir uns die nötigen Verbindungen geschaffen hatten, konnten wir auf die Unterstützung verschiedener großer Vereine rechnen. Besondere Mithilfe leisteten:

- Die Bulgarische Frauen-Liga für Frieden und Freiheit.
- Der Bulgarische Frauen-Verein.
- Der Mazedonische Frauen-Verein.
- Der Bulgarische Vegetarier-Bund.
- Der Tierschutz-Verein.

Sie alle waren mit uns einig, daß der moralische und rechtliche Schaden, den diese Spiele mit sich bringen würden, bekämpfungswert ist. Aber auch der materielle Schaden wurde schließlich eingesehen. Der billigste Platz für diese blutigen Spiele sollte genau so teuer sein wie der teuerste Platz im Staatstheater bei ermäßigten Preisen.

Zu den wenigen Stimmen, die ohne unsere Agitation gegen die Stierkämpfe laut wurden, hat der gemeinsame Protest der von uns angespornten Vereine das Nötige beigetragen, damit diese Aufführungen endgültig verboten wurden. Der Protest,

Die Ausschaltung des Völkerbundes.

Neue Vorstöße Japans.

Das Außenministerium und das Kriegsministerium Japans haben beschlossen, in der Vollversammlung des Völkerbundes den Antrag einzubringen, daß die Beratung des Lytton-Berichts um drei bis vier Jahre vertagt wird. Begründung: Dem neuen mandschurischen Staat solle eine Probezeit gewährt werden, in der die Stichhaltigkeit der Beschuldigungen der Lytton-Kommission bewiesen bzw. widerlegt werden könnte. Der wahre Grund liegt auf der Hand: Japan wünscht eine Schonfrist, in der es seine Vormachtstellung in der Mandschurei sichern und unüberwindlich machen kann.

Wird sich der Völkerbund auch diese Provokation gefallen lassen?

Rußland und die Mandschurei.

Eine nach Tokio gesandte mandschurische Abordnung wird u. a. mit dem japanischen Außenminister, Graf Utschida, über die Frage eines russisch-mandschurischen Nichtangriffspaktes sprechen.

Die Tatsache, daß Rußland sich bisher noch entschieden geweigert hat, den mandschurischen Staat anzuerkennen, wird als eine mehr formelle Angelegenheit betrachtet, da die diplomatischen Sowjet-Beamten in der Mandschurei schon mit der neuen Regierung in Verbindung getreten seien.

Die chinesische rote Armee stößt wieder vor.

Nach Zeitungsmeldungen aus Schanghai haben die Truppen der chinesischen roten Armee nach ihrer Niederlage bei Hankau einen neuen Vorstoß auf die Regierungstruppen unternommen. Sie versuchen, Hankau von allen Seiten einzukreisen.

„Unter hoher Führung des Duce ...“

Das neue faschistische Parteistatut.

Am Mittwoch ist im „Popolo d'Italia“ das neue Parteistatut der italienischen Faschisten veröffentlicht worden. Die besondere Stellung des „Führers“ ist hervorgehoben, erstens dadurch, daß das Wort „Duce“ sich durch besonderen Druck auszeichnet, zweitens dadurch, daß der Duce nicht mehr, wie bisher, neben den übrigen Parteiorganen aufgeführt wird, sondern daß diese „unter der hohen Führung des Duce“ stehen sollen.

Die Neuerungen im Parteistatut stehen im Einklang mit der kürzlich erklärten Aufhebung der bis dahin geltenden radikalen Aufnahmesperre der Faschistischen Partei: Mussolini will die Massen wieder in die Partei ziehen. Auch die Bestimmung, daß nur Faschisten, die mindestens fünf Jahre lang Mitglied der Partei gewesen sind, Funktionäre werden können, ist aufgehoben worden. Statt dessen wird jetzt nur allgemein gesagt, daß alte und erprobte Kämpfer und solche, die aus den Jugendorganisationen hervorgegangen sind, Parteiämter übernehmen dürfen.

Konkordat mit Portugal.

„Verführung der öffentlichen Meinung“?

H. Lt. Die Unterzeichnung des Konkordates zwischen Papst und Portugal harret — wie die katholische Presse meldet — nur noch der Unterzeichnung durch den portugiesischen Präsidenten. Aus derselben Quelle kommt die Nachricht, daß dieses Konkordat der katholischen Kirche große Freiheit gewähren wird.

Zum Beispiel werden die Geistlichen freien Zutritt zu den Schulen haben.

Ein besonderes Gesetz soll „die Meinungsfreiheit regulieren“ und „die Verführung der öffentlichen Meinung verhindern“! — Wer „verführt“ die öffentliche Meinung? Derjenige, der die Anschauungen darüber, was gut und was böse ist, durch den Hinweis auf himmlische Belohnung und höllische Strafen zu beeinflussen versucht, oder derjenige, der sich gegen solche Methoden wehrt?

der in fast allen bulgarischen Zeitungen abgedruckt wurde, war unter anderem von einer scheinbar unbedeutenden und von den meisten überschenen „Gruppe junger Leute“ unterzeichnet. Gerade diese Gruppe junger Leute aber hatte die Initiative ergriffen und durch ihre Anstrengungen erreicht, daß folgende Mitteilung herausgegeben wurde:

„Der zuständige Minister hat die Erlaubnis zur Ausführung irgend welcher Stierkämpfe verweigert.“

Wir hatten vor, auch das Mittel des Boykotts zu organisieren, ferner öffentliche Proteste durch Zeitungen, Flugblätter und Radio zu veranstalten und darüber hinaus die öffentliche Meinung durch Propaganda in den Schulen für uns zu gewinnen. Daß wir schon durch unseren ersten Schritt erreichten, was wir wollten, zeigt, wie viel auch heute noch durch einen entschiedenen Angriff gegen die Elends-Taten der kapitalistischen Gesellschaft ausgerichtet werden kann. Die kleine Zahl derer, die diesen Erfolg herbeigeführt hat, beweist auch, daß es durchaus unzulässige Kleingläubigkeit ist, wenn man meint, das Heil der Welt könne nur von großen und äußerlich mächtigen Organisationen kommen. Sie beweist auch, was für jede andere Arbeit in der Gesellschaft gilt:

„Darum, weil so überaus Wenige einen Willen besitzen, vermögen die, die ihn aufbringen, so ungeheuer viel: denn ihre Kraft findet keinen Widerstand.“ (Nelson.)

Vegetarier-Tagung in Weimar.

KAP. Der zweite Verbandstag des Deutschen Vegetarier-Verbandes fand vom 8.—10. Oktober in Weimar statt. Die Tagung war schlecht besucht, was nicht lediglich an den mit der Teilnahme verbundenen Unkosten lag, sondern gewiß auch daran, daß der Verband nicht viel getan hat, um einen größeren Menschenkreis für seine Veranstaltung zu interessieren.

Im Mittelpunkt der Tagung stand eine öffentliche Kundgebung des Verbandes, in der wiederholt betont wurde,

daß der Vegetarismus keine Magenfrage sei, sondern eine ethische Verpflichtung der Menschen.

Die Luftflotten der einzelnen Länder.

(ITF) Ueber die Stärke der einzelnen Länder-Luftflotten ist kürzlich von englischer Seite eine Statistik aufgestellt worden. Danach ist Frankreich mit 269 Verkehrsflugzeugen, was einem Satz von 85 Prozent entspricht, an führender Stelle; dann folgt Deutschland mit 177 Maschinen (28 Prozent), Italien mit 77 und England mit 32 Verkehrsflugzeugen; so viel Flugzeuge halten ungefähr auch die Handelsluftflotten von Belgien, Polen und Holland in Betrieb. Die Handelsluftflotte der europäischen Staaten umfaßt insgesamt 763 Maschinen. Auch in bezug auf die Zahl der Verkehrspiloten steht Frankreich mit 235 an führender Stelle, während Deutschland 160 und Italien 61 im Dienst hat. Merkwürdig ist, daß England trotz der kleinen Handelsluftflotte über annähernd 200 Verkehrsflugzeugführer verfügt.

Das Verkehrsflugnetz Sowjetrußlands.

(ITF) Im Rahmen des Fünfjahrplanes hat das Verkehrsflugnetz Sowjetrußlands in letzter Zeit eine ständige Erweiterung erfahren. Im Jahre 1931 waren bereits 220 000 km Flugstrecken in Betrieb, und man hofft, bis Ende dieses Jahres auf rund 600 000 km zu kommen. Das Flugnetz erfährt vor allem eine Verdichtung nach dem Osten. In den beiden letzten Jahren wurden auch mehrere kleinere Lenkluftschiffe gebaut, die anscheinend in erster Linie für die Ausbildung von Besatzungen, wofür General Nobile gewonnen wurde, dienen sollen. Ende September wurde ein neuer Luftdienst Moskau—Wladiwoostok eröffnet. Die Strecke ist etwa 10 000 km lang und wird eine der längsten Luftlinien der Welt sein. Etwa 9 Passagierflugzeuge, die auch für den Nachtflug eingerichtet sind, werden die Strecke befiegen. Sämtliche Maschinen sind russisches Fabrikat. Die per Eisenbahn 8 Tage dauernde Strecke wird in der Luft in 2 Tagen zurückgelegt werden.

Ein neuer Krieg ist in Südamerika ausgebrochen. Es handelt sich diesmal um Ecuador und Peru, deren Truppen sich am Montag eine Schlacht lieferten.

Die Führer des Aufstandes von Sao Paulo werden aus Brasilien verbannt werden. Sie sind bereits auf die Kobra-Insel gebracht worden.

Die spanische Agrarreform ist praktisch in Kraft getreten durch die Bekanntgabe einer Liste von 156 Großgrundbesitzern, die am Sandjurjo-Putsch beteiligt waren und jetzt auf Grund des neuen Gesetzes enteignet werden sollen.

Der Danziger Volkstag hat den von Nationalsozialisten und Kommunisten gestellten Antrag auf Auflösung des Volkstags mit 46 gegen 15 Stimmen abgelehnt. Außer den Antragstellern stimmten alle Parteien gegen den Antrag.

Änderungen des Pressegesetzes in Danzig.

Die Danziger Regierung hat auf Grund des Ermächtigungsgesetzes soeben eine Verordnung erlassen, wonach Personen, die nicht oder nur mit besonderer Zustimmung oder Genehmigung strafrechtlich verfolgt werden können (also in erster Linie Volkstagsabgeordnete), nicht verantwortliche Redakteure einer periodischen Druckschrift sein können. Zeitungen, an denen derartige Personen als verantwortliche Redakteure zeichnen, können verboten werden. Gleichzeitig werden durch die Verordnung Verleger und Schriftleiter verpflichtet, auf Verlangen des Danziger Senats amtliche Entgegnungen ohne Einschaltung oder Weglassung unentgeltlich und unverzüglich aufzunehmen. Eine Stellungnahme zu einer Entgegnung ist in der gleichen Nummer unzulässig.

Mecklenburgische Besoldungsordnung ungültig.

Das Oberlandesgericht in Rostock hat in Sachen der mecklenburgischen Besoldungsordnung ein Urteil von weittragender Bedeutung für den Staat und dessen Finanzen gefällt. Die mecklenburgischen Beamten hatten gegen die Abänderung der Besoldungsnevelle durch gesetzliche Regelung vom 6. September vorigen Jahres, die die Niedriggruppierung der Beamten und den Fortfall von Zulagen brachte, Klage erhoben. Das Oberlandesgericht hat nun den Klägern Recht gegeben und die geänderte Besoldungsnevelle für ungesetzmäßig erklärt.

Gilde freirechtlicher Bücherfreunde.

Freitag, 14. Oktober 20 Uhr, Berlin, Weinmeisterstr. 15 (Aula der Oberrealschule). 2. Gildenabend. Erich Mühsam: Revolutionäre Kunst. Irene Ostlander: Klavier Vortrag. — Ausstellung: Moderne Plastiken (Fotografien). Eintritt: 40 Pfennig.

Einer der Redner, Dr. Buse, sagte, daß das Leid, das täglich einer halben Million Tieren zur Befriedigung des sogenannten menschlichen „Nahrungsbedürfnisses“ verursacht wird, durch ein Heer von Krankheiten gerächt würde, in deren vorderster Linie der Krebs stehe.

Ein Trost für Proletarier.

Ein anderer Redner betonte, daß das zu reichliche Essen, das gerade bei fleisshessenden „Kultur“-Menschen üblich sei, für die Gesundheit weit schädlicher sei, als das mengenmäßig zu knappe Essen. Die Vielessererei sei eine wesentliche Ursache für die Entstehung von Rheumatismus und ähnlichen Krankheiten.

Das Märchen von der Schwächlichkeit infolge vegetarischer Ernährung sei durch die moderne Ernährungswissenschaft hinreichend widerlegt worden. Besonders während der jüngsten Jahre seien viele Menschen Vegetarier geworden mit Rücksicht auf ihre Gesundheit und auf die „schlanke Linie“. Deshalb sei auch für schwerarbeitende Menschen die vegetarische Lebensweise durchaus zuträglich. Der Redner behauptete, daß Vegetarier, bei richtig zusammengesetzter Kost, mengenmäßig nur halb soviel bräuchten, wie Fleischesser.

Die Ausstellung: „Lederloses Schuhwerk.“

Um es vorweg zu sagen: Es gab dort keinen brauchbaren Lederersatz. Als „Ersatz“ wurde ein Textilgewebe von dichter Körperbindung ausgestellt, auf dessen Außenseite eine gummiartige Schicht aufgepreßt ist. Das Gewebe ist geschmeidig, und wohl auch vor Bruchfalten gesichert; von außen sieht es aus wie der bekannte Klepper-Wal-Stoff. Die Sohlen der ausgestellten Schuhe sind von Gummi.

Der Hauptmangel dieses Stoffes sowie der Gummisohlen ist die Luftundurchlässigkeit, die sie zur Fußbekleidung ungeeignet macht. Der Stoff läßt sich besser verwenden für Taschen, Gürtel und andere Gebrauchsgegenstände, die auch dort ausgestellt waren.

Der Stufengang zum Kriege.

Aus dem Bericht der Internationalen Antimilitaristischen Kommission.

Jugend und Frauen.

Italien: Zu der noch immer nicht genug bekannten militärischen Ausbildung der gesamten italienischen Jugend ist im Dezember vorigen Jahres ein neues Gesetz getreten, daß allen Frauen und allen Minderjährigen über 16 Jahren, die keinem militärischen Verband angehören, die Verpflichtung zu militärischen Hilfsdiensten auferlegt. Befreit sind nur besonders pflegebedürftige Personen und schwangere Frauen.

Polen: Die systematische militärische Ausbildung der Frauen in hygienischem und Verwaltungsdienst besteht seit 1927. Zur Zeit sind 16000 Frauen ausgebildet. Seit dem militärische Sommerlager für Frauen eingerichtet sind, ist der Andrang so gestiegen, daß die Anzahl der Lehrkräfte nicht ausreicht.

Albanien: Die Knaben werden vom 16. Jahr an in die Miliz einverleibt. An den staatlichen Schulen sind Jugendorganisationen zur Entwicklung des militärischen Geistes für Knaben und Mädchen eingerichtet worden.

Japan: In allen öffentlichen Schulen besteht Pflichtunterricht in militärischen Wissenschaften, in Verbindung mit praktischen Übungen.

Schweiz: Am bewaffneten Unterricht nahmen 1931 in 22 Kantonen 8325 Schüler teil. Jungschützenkurse fanden in 749 gesetzlich anerkannten Schießvereinen statt mit 18847 Teilnehmern.

USA: 30 Prozent aller weißrassigen Jungen sind Pfadfinder. Die Pfadfinder leisten einen Eid, daß sie ihre Pflicht gegenüber Gott und dem Vaterland erfüllen werden. In den Sommerlagern findet jeden Morgen beim Hissen der Flagge eine Paradezeremonie statt.

An den Hochschulen ist vom Heer aus ein „Corps zur Ausbildung von Reserve-Offizieren“ eingerichtet worden. Das Recht hierzu datiert bereits aus dem Jahr 1850; in Anspruch genommen wird es aber vorwiegend erst seit dem Weltkrieg. Auf diese Weise werden ohne militärische Dienstpflicht jährlich etwa 100000 Studenten im Schießen und Exerzieren ausgebildet. Der Eintritt ist meistens mit einer Vergütung verbunden, die ungefähr dem Kolleggeld entspricht.

Die Aufrüstung.

England: In den englischen Luftstreitkräften werden Kadetten und Offiziere aus 24 Staaten für den Luftkrieg ausgebildet. Von europäischen Staaten sind beteiligt: Tschechoslowakei, Dänemark, Estland, Holland, Griechenland, Norwegen, Polen, Schweden, Spanien u. a.

Deutschland: Vickers-Armstrong (England) zeigt im „Militär-Wochenblatt“ Kriegsrüstungen aller Art an, insbesondere Tanks, obwohl Deutschland laut Versailler Vertrag keine Tanks besitzen darf.

Frankreich: „Le Temps“, die führende französische Rechtszeitung, ist in die Hände von de Wendel, des großen französischen Rüstungsindustriellen, übergegangen.

USA: Die von Hoover eingesetzte kriegspolitische Kommission hat einen Entwurf ausgearbeitet, wonach im Kriegsfall 95 Prozent des Einkommens, das den Gewinn im letzten Friedensjahr übersteigt, beschlagnahmt werden soll.

Friedensdienst des Militärs.

Belgien: Gegen die Arbeiter im Generalstreik wurde vom ersten Tag an Militär eingesetzt, was die Erbitterung aufs Äußerste schürte. Viele Soldaten haben sich freilich geweigert gegen die Streikenden vorzugehen.

Spanien: Ueberall wird Militär gegen Streikende eingesetzt. In vielen Städten haben Soldaten die Plätze der streikenden Arbeiter in städtischen Werken einnehmen müssen.

USA: In den Bergwerksgebieten, in denen gestreikt wird, sind die Bergwerke durch Soldaten besetzt.

Kriegsdienst.

China: Die chinesische revolutionäre Bauernarmee, die auf Amoy marschierte, wurde Anfang Juli geschlagen. 2000 Mann wurden gefangen. Mehr ist über das Schicksal der „roten Bauern“ nicht lautbar geworden.

Frankreich: In Südmarokko wurde eine große Oase mit etwa 100000 Berbern und Arabern, die aufständisch geworden waren, nach Flugangriffen zur Ruhe gebracht. Pressemeldung: Die Verluste der Aufständischen waren schwer.

Ein französischer General beklagt im französischen Militär-Wochenblatt das langsame Fortschreiten der militärischen Maßnahmen in Marokko. Wenn man wie jetzt immer Rücksicht auf das Parlament und die öffentliche Meinung nähme, würde die Unterwerfung statt 2 Jahre 15 Jahre währen.

Irak: Das Königreich Irak ist jetzt aus dem englischen Mandatsverhältnis entlassen worden und wird in diesen Tagen in den Völkerbund aufgenommen. Seine Prüfung hat es glänzend bestanden: Kurden-Aufstände wurden durch Flugzeug-Angriffe schnell niedergeworfen, nachdem die Truppen des Irak mit den Kurden nicht fertig geworden waren.

Arbeiter-Turn- und Sportbund macht seinen „Wehrsport“ selber.

Der Pressedienst des Arbeiter-Turn- und Sportbundes teilt mit:

Eine Beteiligung an den Lehrgängen und Übungen des Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung kommt für die Verbände der Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege nicht in Frage, da die bisherigen Aufgaben der Arbeitersportverbände bereits unmittelbar auf Jugendertüchtigung eingestellt waren. Die Zentralkommission hat schon vor Jahren mit dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold ein Abkommen getroffen, wonach diesem das gesamte Gebiet des Wehrsportes zugewiesen worden ist. Dieses Abkommen gilt auch für den vorliegenden Fall. Aus diesem Grunde ist auf eine Vertretung der Zentralkommission im Reichskuratorium verzichtet worden.

Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege.
Vorsitzender: C. Gellert. Geschäftsführer: F. Wildung.

Da ist also das „Reichskuratorium“ zu spät gekommen. Das „Reichsbanner“ macht schon länger Wehrsport als Herr von Gayl sich denkt. Vielleicht übernimmt man die „Reichsbanner“-Chefs in das famose Kuratorium. Da sie sowieso offenbar körperliche Ertüchtigung nicht von militaristischem Brimborium trennen können, passen sie da vielleicht gut hinein.

Harry Domela — 2. Auflage.

Der falsche Daubmann heißt in Wahrheit Karl Ignaz Hummel und ist ein von der Polizei lange gesuchter Verbrecher. Er wurde mit Hilfe von Fingerabdrücken von seinem jetzigen Schwindel überführt und gestand ihm dann. Es ist Anklage wegen Betrugsversuchs und Urkundenfälschung gegen ihn erhoben worden.

Syrien verbleibt noch unter französischem Mandat. Die Wahlen dort werden unter militärischer Bewachung vollzogen. Am Wahltag standen auf dem Markt in Damaskus 6 Tanks in Gefechtsbereitschaft.

San Salvador in Central-Amerika erlebte im Anfang dieses Jahres einen Aufstand, in dessen Gefolge 8000 Rebellen durch das Militär erschossen wurden.

Entwaffnung.

Dänemark hat sein Kriegsbudget von 30 auf 24 Millionen Kronen herabgesetzt. Die Ersparnisse bedeuten aber nur eine Herabsetzung der Steuerlast, nicht der Rüstungsbereitschaft. Es fallen eine Reihe von Reserveformationen fort; statt 10000 Mann werden 8000 ausgehoben. Aber die Anzahl der Maschinengewehre sowie die der Flugzeuge wird verdoppelt.

Genf.

Die 68. Tagung des Völkerbundsrates ist eröffnet worden — neben der Abrüstungskonferenz.

Das Blatt, in dem der I-G-Farbenstrich einigen Einfluß hat, schreibt zur Wiedereröffnung der Abrüstungssitzungen: „Henderson hat die Leitung der Abrüstungskonferenz fest in Händen und wird sich durch keinerlei Schwierigkeiten davon abhalten lassen, die Konferenz trotz allem zu einem guten Ende zu führen — oder, wenn sie doch zusammenbrechen sollte — wird er es nicht daran fehlen lassen, die Verantwortung dafür sehr klar und deutlich festzustellen.“

Und zur Eröffnungssitzung des Völkerbundsrates: „Obwohl die Eröffnungssitzung ... auch gar nichts von größerem Interesse versprach, war der Saal doch rasch mit Journalisten und neugierigem internationalem Publikum besetzt.“

Granaten statt Brot.

Die Kämpfe in Belfast dauern an.

3000 Schutzleute, 7 Lastwagen mit Infanterietruppen, die Maschinengewehre bei sich führen, sind in die Stadt gelegt worden. Die Arbeitslosen errichteten an verschiedenen Stellen der Stadt Barrikaden, die von der Polizei wieder geräumt wurden.

In den Verhandlungen, die am Mittwoch nachmittag zwischen Vertretern der Arbeitslosen und der Regierung stattfanden, ergab sich ein Bild von der Lage, die zu diesen Kämpfen geführt hat:

Von den 415000 Einwohnern der Stadt sind etwa 100000 arbeitslos.

Die Unterstützungssätze liegen noch unter dem in England üblichen Maß; der Kampf geht darum, sie den englischen Sätzen anzugleichen.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Hamburg-Barmbeck: Sonnabend, 15. Oktober, 20.15 Uhr, Volkshaus Barmbeck, Beim alten Schützenhof 4. — Thema: Die Kriegsgefahr wächst! Wir fordern Abrüstung!

Leipzig: Sonnabend, 16. Oktober, 20 Uhr, Volkshaus, Zeitzer Straße. — Thema: Sollen Arbeiterorganisationen Arbeitsdienstlager einrichten?

Freie Aussprache! Eintritt freil!

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 3 a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdrucker und Verlag GmbH, Berlin SO 36 Elisabethufer 28/29.

BRUNO GLUCHOWSKI
KOHLEN-KULIS
REVOLTE AN DER RUHR (2)
COPYRIGHT 1932 BY
FACKELREITER-VERLAG G.M.B.H., BERLIN W 15

Heller Lichtschein, der die Augen blendet, langsam läßt der Druck im Kopfe nach. Stimmengeschwirr am Schacht, Summen und Brodeln wie in einem Bienenschwarm. Schwarze Männer, aus deren Gesichtern das Weiße der Augen und das Rot der Lippen grell absteht. Kohlenstaub verkrustet die Mundwinkel und Lippen. Sie scharen sich um den Markenverleser, der auf einem Kohlenwagen sitzt und die Nummern der Fahrmarken ausruft: 1023 — 1456 — 887 — 1235 — 1563 — — — „Hier — hier — hier — hier — hier.“ Schieben, Stoßen und Drängen, wenn die Marken abgeholt werden, Flüchen und Schimpfen der noch Wartenden, wenn ihnen einer im Gedränge auf die Zehen tritt oder sie in die Rippen stößt. All dies in den verschiedensten Sprachen und Dialekten, ein Beweis für die internationale Zusammensetzung der Belegschaft. Ein phantastisches Bild, diese schwarze, drängende Menschenmasse am Schacht, die nicht früh genug herauskommen kann aus der Grube, zum Tage, zu den Lieben daheim. Schwarze Gesichter, Hände und halbentblößte Oberkörper, von Negern nicht zu unterscheiden. Dazwischen die hellen Gesichter der eben Eingefahrenen, die ihren Arbeitskameraden ein Glück aufzurufen oder ein kurzes Gespräch über den Stand der Arbeit mit ihnen anknüpfen. Hier wirken die Kumpels anders als am Tage, hier sind sie in ihrem eigensten Element.

Vom Schacht aus gehen Gerling und Döring durch den breiten, weißgetünchten, hoch ausgemauerten Querschlag. Fingerdick liegt der Kohlenstaub auf den Vorsprüngen und in den Vertiefungen der Steine. An zwei Reihen Kohlenwagen, vor denen Prelllokomotiven stehen, müssen sie sich vorbeischieben, kommen nach ungefähr 300 Meter an das Kreuzgewölbe, den Schnittpunkt der sich hier mit dem

Hauptquerschlag kreuzenden westlichen und östlichen Richtstrecke. Eine Gruppe von Steigern, von weitem schon durch ihre blanken Messingbenzinsicherheitslampen, die hellen, englisch ledernen Anzüge, die schwarzglänzenden Lederkappen und die Meterlaten als Beamte kenntlich, stehen hier im Gespräch. Döring zeigt auf einen jungen Beamten, Steiger Raffel, bei dem Gerling sich zur Arbeitsaufnahme melden soll, verabschiedet sich dann von seinem Freund.

„Ich warte heute abend an dieser Stelle auf dich“, sagt er. Und nun Glück auf zu deiner ersten Schicht. Laß sie dir nicht lang werden.“

Er verschwindet in der östlichen Richtstrecke.

Gerling tritt an den Steiger heran, sagt seinen Namen und daß er sich bei ihm melden solle. Der schaut ihn prüfend an, heißt ihn warten. Abseits tretend, lehnt Günther sich an das Mauerwerk. Durch die Finsternis bewegen sich nach allen Seiten Grubenlampen. Bald ist die Hauptmasse der Kumpels im Bau untergetaucht, und nur vereinzelte kommen noch vom Schacht. Von dorthin hört er Rollen von Rädern, Aufeinanderkrachen von Wagen und das Gebimmel der Lokomotiven. Wie ein körperliches Unbehagen lastet die Dunkelheit ringsum auf ihm, sein Gemüt ist bedrückt. Eine Gruppe von Leuten, jeder einen Blechkasten auf dem Rücken, nähert sich dem Kreuzgewölbe. Es sind die Schießmeister der einzelnen Reviere, besonders erfahrene, geprüfte, ältere Hauer, die die Sprengarbeiten verrichten. Einen von ihnen ruft Steiger Raffel heran.

„Winkler, nehmen Sie diesen Mann mit“, spricht er, auf Gerling zeigend. „Er kann heute mit Kovacik reparaturen.“ „Gut, Steiger“, sagt der Schießmeister, „geht mit Gerling nach Norden zu.“

„Sagen Sie, was muß ich heute für Arbeit machen?“ fragt Günther den Schweigsamen. Der lacht laut auf.

„Junge, du bist wohl zum erstenmal im Loch?“

Gerling bejaht, kann sich aber die Heiterkeit seines Gefährten nicht so recht erklären.

„Na ja, dann ist es ja kein Wunder. Also hör mal zu, Kumpel, hier geht alles per Du. Mit Sie redet man nur die

Beamten an, unter uns Arbeitern aber gibt es keinen Unterschied. Ob man nun Hauer, Lehrhauer, Schlepper, Schießmeister, Schlosser oder Pferdejunge ist, das bleibt sich egal. Hier in der Erde sind wir alle gleich, sind wir Kumpels.“

Jetzt begreift Gerling den Ausdruck Kumpel, den er schon so oft gehört hat, über den er aber stets lachen mußte, weil er so komisch klingt. Er bedeutet Kamerad im besten Sinne des Wortes, wird auf alle angewandt, die in der Erde ihr Brot verdienen.

Der Querschlag ist äußerst stark ausgebaut, dicke Eisenbahnschienen stützen den Felsen, in den er getrieben ist. Gerling, der den Schießmann nach allem möglichem fragt, erhält von ihm die nötige Aufklärung. Aber er versteht nicht alles, denn zuviel Fachausdrücke sind darin vorhanden, die nur ein Bergmann verstehen kann. Er tröstet sich damit, daß er es in nächster Zeit schon praktisch erlernen wird.

Nach 500 Metern biegen sie in eine niedrige, von zwei Schienensträngen durchzogene Seitenstrecke ein. Gerling muß sich sehr hücken, um nicht mit dem Kopf an den aus Holz bestehenden Streckenausbau zu stoßen. An jeder Seite (Stoß) stehen dicke Stempel (Holzstämmen), die an der Decke (Hangendes, wenn sie aus Stein besteht, Firste, wenn sie aus Kohle gebildet ist) durch waagrecht liegende Stämme (Kappen) verbunden sind. Den Boden nennt man das Liegende. Zwei Stempel und eine Kappe bilden ein Holz, diese, in Abständen von einem Meter stehend, den Ausbau. Das alles erklärt Winkler seinem Schutzbefohlenen. Eine unheimliche Menge Holz wird zu einem solchen Ausbau benötigt, eine Menge, die sich Günther, wenn er die vielen Zeilen im Ruhrgebiet berücksichtigt, gar nicht vorstellen kann. Einige Kappen sind durch den ungeheuren Druck des Gebirges in der Mitte gebrochen. Er macht jedesmal einen Satz, wenn er unter einer solchen horgehen muß, meint, die Steine könnten im selben Moment hereinbrechen und ihn darunter begraben. Winkler lacht und beruhigt ihn.

„Wenn die Kappen gebrochen sind, ist der schlimmste Druck weg, dann brauchst du nicht mehr zu laufen. Wenn das Gebirge aber am Knistern und Bröckeln ist, dann ist Gefahr.“

(Fortsetzung folgt.)

Woran selbst gutgehende Unternehmungen zugrunde gehen!

Der „Deutsche“ hat folgende Streitsachen vor Arbeitsgerichten zusammengestellt.

Vor dem Luckenwalder Arbeitsgericht muß ein Angestellter gegen den Konkursverwalter seiner früheren Beschäftigungsfirma um die Anerkennung des Kündigungsschutzes klagen. In der Verhandlung stellt sich heraus, daß der im Jahre 1928 verstorbene Geschäftsinhaber, obwohl er verheiratet gewesen war, noch ein Verhältnis unterhalten hatte, und daß er der fraglichen Dame durch Testament für ihre

Lebenszeit ein Monatsinkommen des 2/3fachen Betrages der höchsten Stufe eines Tarifvertrages,

dazu das Wohnungsrecht in einem seiner Häuser vermacht und durch Eintragung einer Hypothek von 80 000 Mark gesichert hatte.

Der Gläubigerausschuß hatte dieses Testament wegen Sittenwidrigkeit angefochten, ist damit jedoch beim Kammergericht unterlegen.

Vor dem Landesarbeitsgericht Berlin stand die fristlose Entlassung eines Prokuristen zur Erörterung, der einen seiner vorgesetzten Geschäftsführer beschuldigt hatte, sich 7000 Mark Provision unberechtigtweise haben überschreiben zu lassen. In den Urteilen ist festgestellt, daß derselbe Geschäftsführer (einer Gesellschaftsfirmen) einer Dame angetragen hatte, mit ihm eine offene Handelsgesellschaft zu gründen. Er wollte ihr

die Oberleitung aller in dem Verlage der von ihm vertretenen Gesellschaft erscheinenden Fachzeitschriften übertragen, ihr ein Einkommen von monatlich 1500 Mark auf die Dauer von 10 Jahren verbürgen

und ihr einen Kraftwagen für 8000 Mark stellen, wenn sie seine Geliebte würde und sich verpflichtete, nicht zu heiraten und sich keinen neuen Freund anzuschaffen.

In einem dritten Falle mußten drei leitende Angestellte gegen ihre fristlose Entlassung kämpfen. Sie hatten jahrelang beträchtliche Teile ihres Gehaltes aus einer „schwarzen Kasse“ bezogen, deren besonders abgezweigte Einnahmen der Steuerbehörde verschwiegen wurden. Obwohl die Geschäftsinhaberin selber hohe Beträge aus dieser Kasse bezogen und ihr Schwager sie geführt hatte, behauptete sie, nichts davon zu wissen, als die Steuerbehörde die Verfehlungen aufdeckte. Das Finanzamt belegte sofort ein Sparkassenguthaben von 43 000 Mark mit Arrest und forderte die Steuerbeträge nach.

Selbstverständlich sind diese Praktiken keine Ausnahmen, sondern die — allerdings meist etwas verheimlichte — Regel! Der „Deutsche“ fragt mit Recht, ob die erwähnten Ausgaben als „Soziallasten“ verbucht würden! Wir glauben das.

Erfolg des Seeleutestreiks von Marseille.

Infolge des Seeleutestreiks im Hafen von Marseille, durch den mehrere Schiffe der Gesellschaft „Messageries Maritimes“ an der Ausfahrt verhindert worden sind, haben Verhandlungen zwischen den beiden Parteien vor dem Marineminister stattgefunden. Die Forderungen der Seeleute werden daraufhin vorläufig bis zum 1. Februar erfüllt. Der Streik ist nunmehr abgebrochen worden.

Verschärfung des englischen Spinner-Konflikts.

Unternehmer gehen aufs Ganze.

Der englische Arbeitgeberverband hat die Unternehmer der Baumwollspinnereien angewiesen, den von ihnen geforderten Lohnabbau von 8 1/2 Prozent durch Anschlag in den Betrieben bekanntzugeben. Die neuen Bedingungen sollen am nächsten Montag in Kraft treten.

Die großen Zugeständnisse, die die Gewerkschaften den Arbeitgebern angeboten haben, haben also nichts genützt; vielleicht haben sie sogar die Unternehmer in ihrer Hartnäckigkeit bestärkt. Es bleibt abzuwarten, ob die Gewerkschaften jetzt, in Übereinstimmung mit der vor fünf Wochen vorgenommenen Urabstimmung, die 200 000 Spinnereiarbeiter zum Streik aufrufen werden.

Die englische Regierung hat einen Schlichter nach Manchester geschickt, der versuchen soll, noch vor Montag ein Einverständnis zwischen Unternehmern und Arbeitern zu erzielen.

Gegen die Opfer einer unsittlichen Gesellschaftsordnung.

Bracht will die Strafbestimmungen gegen Prostituierte, die die Polizeivorschriften übertreten oder sich der polizeilichen Aufsicht entziehen, verschärfen. Er hat dem Altstädtischen Verein in Essen auf eine Eingabe, in der „das Ueber-

handnehmen des öffentlichen Dirnenunwesens“ beanstandet wurde, mitgeteilt, daß er „unverzüglich die notwendigen Schritte unternommen habe, um eine Abänderung des § 361, Ziffer 6 und 6a, des Reichsstrafgesetzbuches herbeizuführen, die ein energischeres Vorgehen der Polizeibehörden gegen die Auswüchse der Prostitution ermöglicht“.

Bracht hat nicht gesagt, wie er die Änderung des RStG herbeiführen will. Artikel 68 der Reichsverfassung bestimmt darüber immer noch:

„Die Gesetzesvorlagen werden von der Reichsregierung oder aus der Mitte des Reichstags eingebracht. Die Reichsgesetze werden vom Reichstag beschlossen.“

Schulklassen im Klassenstaat.

Thüringische Schulstatistik für das Schuljahr 1932/33.

	1928	1932
Öffentliche Volksschulen:		
Schulkinder	182 536	217 495
Klassenbesetzung	32,7	39,7
Auf einen Lehrer entfallen		
Schulkinder	37,8	46,3

	1928	1932
Mittlere und höhere Schulen:		
Schulkinder	28 211	19 281
Klassenbesetzung	27,8	26,7
Auf einen Lehrer entfallen		
Schüler	18,8	17,6

(Nach einer Beilage zu Nr. 10 des Amtsblattes des Thüringischen Ministeriums für Volksbildung.)

In den Geschäftsräumen der Schutzstaffel der NSDAP in Königsberg ist auf Anordnung des Ermittlungsrichters beim Sondergericht schriftliches Material beschlagnahmt worden. Es handelt sich um das Ermittlungsverfahren über die Attentate vom 1. August.

„Lasset die Kindlein zu mir kommen!“

Hilfe oder Ausbeutung?

E. Sch. „Wohlthätige Menschen aus dem Kreis Stadroda haben sich bereit erklärt, arme, schwache und kranke Kinder aus dem Notgebiet des Thüringer Waldes 6 Wochen zur Erholung zu sich zu nehmen. Ihnen gebührt unser herzlichster Dank.“ Ungefähr so berichtete die „Rudolstädter Zeitung“.

Unter diesen Kindern befand sich auch meine 12jährige Schwester. Fünf Tage nach ihrer Abreise schrieb sie schon: „Holt mich doch weg, ich will lieber zu Hause Hunger leiden, als noch 5 Wochen in M. bleiben. Ich bin bei einem Bauernbürgermeister. Früh morgens vor 6 Uhr heißt es aufstehen und Betten machen. Hier hängen lauter Heiligenbilder und heilige Sprüche über meinem Bett: „Lasset die Kindlein zu mir kommen!“ und „Der Herr sei dein Hirte!“ Heute mußte ich den ganzen Tag auf dem Felde und beim Dreschen helfen. Davon tun mir meine Arme und Beine so weh! (Meine Schwester ist ziemlich schwach.) Dann haben sie noch ein kleines Kind, das muß ich, wenn nichts anderes für mich zu tun ist, behalten. Weiter sag ich Euch nichts; das sind Geduldsproben.“

Um mir die Sache einmal anzusehen, fuhr ich nach M. Meine Schwester fiel mir weinend um den Hals und sagte: „Ach, nimm mich bloß wieder mit nach Hause!“

Sie erzählte: „Wart nur erst ab, hier gib's jeden Tag morgens und abends ausgebratenen Speck aus Brot, und der ist durch die Hitze so ranzig geworden. (Dabei liegt an allen Landstraßen faulendes Obst in großer Menge.) Die Pflegeeltern bringen sich aus St. bessere Sachen mit, wovon ich, der Knecht und die Magd nichts zu sehen bekommen.“

Während einer Unterhaltung mit dem Pflegevater sagte er: „Bei uns haben die Kinder zu gehorchen, und da wir jetzt in der größten Arbeit stecken, ist es uns nicht möglich, Ihre Schwester von der Arbeit fernzuhalten. Mein Grundsatz ist: Je mehr man arbeitet, je mehr erholt man sich. Wir haben schon mehrere Kinder hier gehabt, aus Berlin und Tilsit; die wollten in den ersten 8 bis 14 Tagen auch durchaus wieder nach Haus. Da aber die Entfernungen so groß waren, hielten sie eben aus. Uebrigens liest Ihre Schwester so gern, das ist meiner Ansicht nach grundverkehrt; Kinder haben so sehr wie möglich das Lesen zu meiden, denn das strengt die Nerven zu sehr an.“ Sein eigener Sohn besucht dabei schon seit seinem 10. Lebensjahr eine höhere Schule in Jena.

In der kurzen Zeit meines Besuches bedrückte mich immer mehr die Erkenntnis, daß es sich hier nicht um eine Erholung, sondern um eine Ausbeutung handelte. — Als einige Tage später ein in der Nähe wohnender Onkel meine Schwester zu sich holte, verriet die Pflegemutter ungewollt, zu welchem Zweck die Kindlein zu ihnen kommen sollen; sie wettete nämlich: „Mitten aus der größten Arbeit holt man sie jetzt weg!“

Es ist sicher nichts dagegen einzuwenden, daß Kinder ihren Kräften entsprechend mit arbeiten; nur soll man nicht die Tatsache, daß man — wie es häufig geschieht — durch sie die sonst erforderlichen Arbeitskräfte spart, mit dem Mantel der Nächstenliebe verhängen, sondern dafür sorgen, daß die Kinder sich dabei wirklich erholen und nicht nur aushalten, weil ihnen der Rückweg abgeschnitten ist.

Hitler und die Vorsehung.

In seiner ersten Rede dieses Wahlkampfes, am Dienstag in Günsberg in Schwaben, schlug Hitler folgende Punkte an: „Die Vorsehung, die NSDAP zur Macht bestimmt hat, dann werde sie zur Macht kommen; wenn sie sie aber nur dazu bestimmt habe, die Zukunft vorzubereiten, so erfüllten die Nationalsozialisten hier ihre Pflicht. Ob die Nationalsozialisten ans Ruder kämen, bestimmten nicht Menschen.“

Der angeschossene Hamburger Polizist, von dem wir gestern berichteten, ist in der vergangenen Nacht gestorben. Von den Tätern fehlt jede Spur.

ISK

7. JAHRGANG 10. HEFT OKTOBER 1932

Inhalt:

ERNA MROS:

Die katholische Kirche und ihre heutigen Grundlagen.

*

H. H. RAUSCHENPLAT:

Das Sündenregister der Papen-Regierung.

*

Zum Nachdenken:

Wovon Arbeiterkinder heute nur noch träumen. Geburtenrückgang bei Arm und Reich. — Krieg und Geschäft. — Frauen für den Krieg. — Englische Waffenlieferungen nach dem Osten. — Konfessionen im aufgelösten Reichstag. — 175 konfessionslos! — Die Kirche über die Grundlagen ihrer Macht.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes. Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe

Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H., Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Sonnenblumen-Öl

kalt abgepreßt, daher vollwertiger. Bestes Speiseöl für Salate, zum Braten, Backen usw., milder Geschmack.

5-kg-Kanne 5,50 RM ab hier. Kanne 1,— RM Pfand.

Frischkost-Reformhaus
Magdeburg, O. v. Guerikestr. 104.

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen, Klingelanlagen usw. Spezialität:

Anfertigung mod. Tisch- u. Nachttischlampen

G. Funke

Elektrotechniker

GÖTTINGEN / Judenstraße 3, III.

Maßarbeit erstklassig und billig

Herrn-Anzüge / Mäntel / Damen-Kostüme
Aufbügeln und Reparaturen
ALFRED ARENSBERG
Berlin - Reinickendorf - Ost
Hinter der Dori-Aue 14

BERLIN

KAMERA

Unter den Linden 14 - A1 Jäger 2987

11.-14. Oktober: Zinner:

Der Geiger von Florenz

mit Elisabeth Bergner u. Conrad Veidt.

Beiprogramm: Vulkanische Urkräfte. — Unter der Tropenzone Java. — Fox Uebers Wechterschau.

Jugendliche haben Zutritt.

Anfangszeiten: 17, 19 und 21 Uhr.

Freunde

und Leser des

„Funkens“!

Unterstützt

Eure

Zeitung!

Werbt Abonnenten!

Sammelt Anzeigen

Bevorzugt bei Einzelkäufen

unsere Inserenten!

Werbeprospekte Zeitungen Zeitschriften

bei billigster Preisberechnung druckt

A. Janiszewski

Buchdrucker und Verlag, GmbH

Berlin SO36, Elisabethufer 29, Fernruf Sammelnummer FI Moritzplatz 5471



Was soll die Arbeiterschaft tun gegen die Militärdiktatur in Deutschland



Das Stillhalten der organisierten Arbeiterschaft gegenüber Papen, Schleicher und den hinter ihnen stehenden Unternehmern und Großagrariern macht weitgehend eine Neuorientierung der klassenbewußten Arbeiter in den grundsätzlichen und taktischen Fragen notwendig.

„Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis!“ Die Theorie, auf der der ISK seine politische Arbeit aufbaut, ist in folgenden, kurzgefaßten Schriften niedergelegt:

LEONARD NELSON: Die besorgte Sicherheit. Ketzereien eines revolutionären Revisionisten. 2. Aufl. 22 Seiten. 0,40 M. Diese Schrift enthält die kritische Auseinandersetzung mit dem „historischen Materialismus“.

MINNA SPECHT: Jakob Friedrich Fries. Der Begründer unserer politischen Weltanschauung. 26 Seiten. 0,60 Mark.

Verlag „Öffentliches Leben“

Berlin S 14, Inselstr. 8a. Postcheck: Berlin 813 42

Preußen gegen das Reich.

Dr. Gottheiner nimmt zurück.

Nach Eröffnung der Sitzung am Mittwoch erklärte Dr. Gottheiner: Dr. Braun hat sich an zuständiger Stelle nach der Regelung seiner Bezüge erkundigt. Ich habe nicht gesagt, daß er sich beim Reichskommissar erkundigt habe. Man hat ihm mitgeteilt, daß er die vollen Bezüge weiter erhalte, und er hat den Eingang dieser Mitteilung fernmündlich bestätigt. Der betreffende Beamte kann sich heute der Worte nicht mehr genau entsinnen, die Dr. Braun gebraucht hat. Ich halte deshalb nicht weiter aufrecht, daß Dr. Braun seine Befriedigung über diese Regelung geäußert habe. Dann übergibt Dr. Gottheiner eine Ausgabe des „Vorwärts“, in der die Rede wiedergegeben ist, die Severing in den Tennishallen gehalten hat.

Pflichtverletzung, Treupflicht und Gehorsam.

Professor Billinger sprach über den Begriff der Pflicht eines Landes gegenüber dem Reich im Sinne des Artikels 48 Absatz 1. Damit sei eine

allgemeine Einordnungspflicht des Landes als Glied des Reiches

gemeint. Dazu trete in gewissem Umfang eine

Gehorsamspflicht des Landes gegenüber dem Reich.

Es fragt sich aber, in welcher Weise ein Land für diese Pflichten haftet. Man könne dabei zu keinem anderen Ergebnis kommen, als daß auch für das Auftreten Grzesinski und Severings das Land Preußen hafte. Die Reichsregierung habe sich dem Standpunkt angeschlossen, der die Meinung vertrete, daß nach Sinn und Wortlaut des Artikels 48 Absatz 1 bei Fällen von Gefahr im Verzuge ein sofortiges Einschreiten des Reiches gegen das Land rechtlich zulässig sei und daß insbesondere eine vorherige Entscheidung des Staatsgerichtshofes über die Pflichtverletzung nicht abgewartet zu werden braucht.

Dr. Brecht erwiderte: Eine Pflichtverletzung müsse Preußen nachgewiesen werden, und zwar eine solche, wie sie als Grundlage des Vorgehens vom 20. Juli vom Reiche angegeben ist. Wir verfahren uns dagegen, daß man auf Grund von Zeitungsnachrichten vorgeht und sich nicht darum kümmert, was ein Redner tatsächlich gesagt hat.

Geholmrat Anschütz: Die preußische Regierung hat sich überhaupt keine Pflichtverletzung zuschulden kommen lassen.

Dr. Brecht macht dann noch darauf aufmerksam, daß die Rede Severings sehr diplomatisch gewesen sei. Die Ablehnung der Einheitsfront sei in der Form erfolgt, man wolle zusammenarbeiten, aber nur soweit, als gesetzlich gehandelt wird.

Für die Energie, mit der sie gegen die Kommunisten vorgehen entschlossen gewesen sei, habe die preußische Regierung nun keinen Dank erfahren!!!

Professor Heller: Die Pflichten der Länder gegenüber dem Reich seien durch die Reichsverfassung geregelt, und Treupflicht könne man höchstens für die Außenpolitik fordern. Eine Gegenseitigkeit der Auffassung zwischen den preußischen Ministern und den Reichsministern sei noch lange keine Verletzung der Treupflicht.

Professor Peters: Auch er besprach den Begriff Treupflicht. Wenn sie vorhanden sei, so sei sie wenigstens nicht Gehorsamspflicht!

Das Mittel der Exekution dürfe nicht so leichtfertig angewendet werden, wie das vom Reich am 20. Juli d. J. geschehen sei.

Staatsrat von Jan erklärt: Treupflicht der Länder steht nirgends in der Reichsverfassung. Die Exekution ist nur zulässig bei Verletzungen der Reichsverfassung durch die Länder. Sie erheben schärfsten Widerspruch gegen die hier geäußerte Auffassung von der Treupflicht und gegen die Annahme einer allgemeinen Gehorsamspflicht. Wenn behauptet wurde, daß unsere Forderungen uns zurückführen auf die Zeit der Kleinstaaterei des Rokoko, so kann ich sagen,

uns sind die Schnörkel der Rokokozeit zehnmal lieber als die „moderne Linie“.

Ministerialrat Fecht gab die Erklärung ab, daß er sich den Ausführungen des bayrischen Vertreters vollinhaltlich anschließe.

Bundesgenosse oder Gegner?

Der „Evangelische Bund“ zur römischen Kirche.

W. L. Am vergangenen Sonnabend und Sonntag hielt der „Evangelische Bund“, die einflussreichste Kampforganisation der evangelischen Kirche, in Kassel seine 36. Generalversammlung ab. Nach den uns vorliegenden Berichten war eine der Hauptorgane, die auf dieser Tagung verhandelt wurden, das Verhältnis der Organisation zu den Bestrebungen der katholischen Kirche. Soll man sie als christlichen Bundesgenossen im Kampf gegen das Freidenkertum ansehen, oder ist sie der Gegner im konfessionellen Kampf, oder ist sie, je nach den Umständen, bald das eine, bald das andere?

Aus den Reden, Protokollen, Vorschlägen:

Der „evangelische Volksteil“ fühle sich verletzt durch die Tatsache, daß die Fronleichnamprozession unter Reichswahrmusik stattgefunden habe! Die Parität sei in den höheren Schulen verletzt; im Verhältnis zu den evangelischen Lehrern seien doppelt so viel katholische Studienassessoren da, als gemäß der Verteilung der Schüler auf die beiden Konfessionen angestellt werden dürften. Im Jahr 1932 sei das Verhältnis weiter zu Ungunsten der evangelischen Anwärter verschoben worden.

Regierungspräsident Friedensburg, als Vertreter der preußischen Staatsregierung: Gegensätze seien „immer fruchtbar“. Die Obrigkeit habe daher den konfessionellen Kampf sogar zu fordern.

Der Kasseler Oberbürgermeister: In Kassel seien die Beziehungen des „Evangelischen Bundes“ zu den Katholiken gut. Man habe sich bereit erklärt, Trennendes zurückzustellen, um gemeinsam die brennendsten Fragen der Zeit in Angriff zu nehmen.

Mehrere Redner forderten scharf den Kampf gegen das „politische Kom“. Einer hoffte gar, für diesen Kampf eine Einheitsfront mit den „katholischen Volksgenossen“ herstellen zu können.

Verständlich wird diese morkwürdige Hoffnung, wenn man die Hymne auf den Nationalsozialismus hört, die die Tagung krönte: Der „Evangelische Bund“ begrüße die Ablehnung jeglichen internationalen und pazifistischen Denkens, das

Professor Schmitt: Die Betonung der Selbständigkeit der Staaten und ihres Rechts auf eine eigene Politik führt dazu, daß schließlich Politik gegen Politik, Staat gegen Staat und Ermessen gegen Ermessen steht. Der Kampf organisierter Parteien führt zur Zerstörung aller Vorstellungen von Treue und Loyalität, ohne die kein Staatswesen bestehen kann! Als das Deutsche Reich ein demokratischer Staat wurde und gleichzeitig ein Bundesstaat blieb, steigerten sich die Gefahren für die Einheit des Reiches gegenseitig, weil die Länder sich auf Parteien und die Parteien auf die Länder stützten. Um die Einheit des Reiches zu schützen, gibt Artikel 48 dem Reichspräsidenten eine außerordentliche Machtfulle.

Dr. Brecht: Der Artikel 48 Absatz 1 setzt zu seiner Anwendung Pflichtverletzung voraus. Ich richte die ganz klare Frage an die Vertreter der Reichsregierung, ob sie mit uns einig sind, daß Artikel 48 Absatz 1 wirklich diese Pflichtverletzung voraussetzt. Das Reich muß dann nämlich beweisen, daß eine Pflichtverletzung stattgefunden hat. Brecht zieht dann die verschiedenen Exekutivmaßnahmen aus dem Jahre 1919 gegen Braunschweig und Gotha und aus dem Jahre 1923 gegen Sachsen zum Vergleich heran. Dort hätten die Landesregierungen Hochverrat begangen.

Der Vorsitzende: Die Möglichkeit, daß bei Fällen außerordentlicher Gefahr das Reich schnell eingreifen können müsse, habe ohne Zweifel den Schöpfern der Verfassung vorgeschwebt.

Professor Heller weist darauf hin, daß auf Grund des bisher festgestellten Tatbestandes eine Pflichtverletzung Preußens sich keinesfalls konstruieren lasse. Man dürfe auch niemals davon absehen, eine Mängelrüge vorzubringen, was nicht geschehen sei. Diesen Erklärungen schloß sich der Vertreter Bayerns, Staatsrat von Jan, an.

Ein Antrag zur Aufhellung der Beziehungen zwischen Papen, Schleicher und Hitler.

Dann wurde dem Vorsitzenden ein Antrag des Freistaates Preußen, der sozialdemokratischen und der Zentrumsfraktion des preußischen Landtags überreicht, demzufolge dem Vorgehen der Reichsregierung gegen Preußen vom 20. Juli 1932 Verhandlungen mit den Nationalsozialisten über die Unterstützung des Kabinetts von Papen durch sie vorausgegangen seien, bei denen ihnen in Aussicht gestellt worden sei: die Aufhebung des Uniformverbots, die Aufhebung des Verbots der Sturmabteilungen, die Änderungen der amtlichen Personalverhältnisse in Preußen in parteipolitischer Hinsicht, die Einsetzung „eines bewährten Mannes als Ministerpräsident oder Reichskommissar“ in Preußen und die Umorganisation der inneren Verwaltung in Preußen unter starker Mitwirkung der nationalsozialistischen Kräfte. Ferner wird beantragt, über diese Tatsachen etwaigen Beweis zu erheben durch Vernehmung des Freiherrn von Gleichen, Adolf Hitlers, des Reichskanzlers von Papen, des Reichswehrministers von Schleicher und des Staatssekretärs Planck.

Die Verhandlung wendet sich jetzt der Frage zu: Welche Befugnisse gibt Artikel 48 Absatz 1 dem Reichspräsidenten?

Dr. Brecht erklärte, als Grenze sei festzustellen, daß durch Reichsexekution ein Land lediglich zur Erfüllung einer Pflicht gegenüber dem Reiche gezwungen werden könne. Weigern sich die Organe des Landes, etwa die Regierung, so sei ein Reichskommissar berechtigt, an deren Stelle Ersatzhandlungen im Rahmen der zu erfüllenden Pflichten vorzunehmen. Eine Entfremdung der Landesregierung sei nur möglich, wenn diese sich, wie das in Sachsen und Gotha seinerzeit geschehen sei, in Widerspruch zur Landes- und Reichsverfassung stelle.

Dr. Brecht: Es sei äußerst (!) zweifelhaft, ob die Ver-

Wen der Chef der Reichspolitik besucht.

Die Unternehmer ehren ihn durch Bierabende

Reichskanzler von Papen hat am Mittwoch in München den Exkronprinzen Rupprecht von Bayern besucht. Anschließend daran war Papen beim Bayerischen Automobilklub und hielt dann eine Rede beim Akademisch-Politischen Klub. Diese Rede über „die ideellen Hintergründe“ seiner

Aufflammen völkischer Begeisterung mit innerster Teilnahme. Das Verdienst des Nationalsozialismus sei es gewesen, nach dem Krieg in langer, mühevoller Arbeit all das, was das nationale Deutschland bewegte, zusammengefaßt und diesen Strom hingeleitet zu haben in jene Schichten des Volkes, zu denen von den nationalen Parteien keine Brücken führten. (!) Ehrliches Sorgen, nicht kleinliche Nörgerei sei es, wenn man heute auf die große Gefahr hinweise, die für Deutschland dadurch entstehe, daß der Nationalsozialismus eine Verbindung eingehen wolle mit dem politischen Katholizismus, mit dem Zentrum. Jeder, der aus der Geschichte zu lesen verstehe, wisse zu viel von der Eigennützigkeit katholischer Politik.

Nun, von der Politik der evangelischen Kirche ist hier nach auch nichts Gutes zu erwarten!

358 364 Kirchnaustritte in Berlin.

Der „Vorwärts“ berichtet, daß seit 1925 in Berlin 358 364 Personen aus der Kirche ausgetreten sind. Es haben bis Ende 1931 verloren:

Evangelische	317 938	10,3 Prozent	des Bestandes vom 16. Juni 1925
Katholische	86 534	9,0 Prozent	
Juden	3 892	2,25 Proz.	
zusammen		358 364	9,8 Prozent

Das sind sehr beachtenswerte Ergebnisse. Trotz der stark gestiegenen Zahl der Kirchnaustritte ist die Zahl der Dissidenten allerdings immer noch sehr gering, im Vergleich zur Mitgliederzahl der Kirchen.

Auf je 1000 Personen kommen in Berlin:

	im Jahr	im Jahr
	1931	1910
Evangelische	766,2	891,7
Katholische	100,3	110,8
andere Christen	2,8	0,8
Juden	43,0	38,6
Sonstige	87,7	18,1

Es ist also noch ein weites Arbeitsfeld für die Freidenkerbewegung!

ordnungen, auf die sich die Exekution Eberts und Stresemanns gegen Sachsen und Gotha stützten, den verfassungsmäßigen Erfordernissen entsprochen hätten.

Staatsrat von Jan: Eine Exekution sei begrenzt durch die Rücksicht auf den bundesstaatlichen Charakter der Verfassung und durch die Beschränkung auf die Erzwingung bestimmter Pflichterfüllungen. Weder das Selbstbestimmungsrecht im Lande noch das Mitbestimmungsrecht des Landes im Reich dürften dabei beeinträchtigt werden. Es sei nicht so, daß Artikel 48 eine Sonderverfassung für bestimmte Sonderfälle darstelle.

Dr. Fecht schloß sich den Ausführungen Jans an, ebenso Dr. Brecht.

Dr. Brecht: Soll etwa Preußen beim Gesetz über die Reichsreform im Reichsrat durch die Reichsregierung vertreten sein? Dieses Gesetz kann nur gemacht werden mit preußischen Vertretern im Reichsrat.

Professor Peters: Die Ernennung von Landesbeamten kann nur durch die Landesregierung erfolgen. Es ist auch ganz ausgeschlossen, daß der Reichskommissar Ernennungen von Reichsratsmitgliedern vornehmen kann.

Von Jan: Es gibt neben der Anwendung militärischer Gewalt ja auch die Entziehung von Geldmitteln.

Eine neue Erklärung Severings

wird dann vorgelesen, deren Teil über das Gespräch Severings mit Herrn von Gayl hier folgt:

„In einer Besprechung, die etwa Mitte Juni stattfand, fragte ich Herrn von Gayl, ob die Reichsregierung wirklich die Einsetzung eines Reichskommissars plane. Ich habe darauf eine bestimmte Antwort nicht erhalten, doch gewann ich den Eindruck, daß Herr von Gayl die Ausführung eines solchen Planes wenigstens im Augenblick nicht beabsichtige. Darin habe ich ihn bestärkt unter wiederholten Hinweisen auf die Organisation und Pflichttreue der Polizei, die auch noch größeren Ausschreitungen gewachsen sein würde. Die politische Gesamtlage beurteile ich so — habe ich weiter ausgeführt —, daß die Wahl des 31. Juli einen nicht arbeitsfähigen Reichstag ergeben werde. Wenn daraus größere Unruhen entstünden, dann könne ich mir sehr wohl vorstellen, daß das Reich zu ihrer wirksamen Abwehr die eigenen Machtmittel mit den Polizeikräften des größten Gliedstaates zusammenfassen würde. Das Reich habe für eine derartige Maßnahme dann eine viel günstigere psychologische Situation, als wenn es ohne rechtlichen Grund gegen Preußen vorgehe. Ich habe diesen Ausführungen die weitere Bemerkung angefügt, daß nach meiner Meinung dann nicht die Einsetzung eines besonderen Kommissars, sondern eine Personalunion zwischen dem Reiche und Preußen die zweckmäßigste Maßnahme darstelle. Mir schwebte dabei ein Plan vor, der vor einem Jahr zwischen dem Reichskanzler Brüning und Ministerpräsident Braun erörtert worden war. Bei allen diesen Ausführungen habe ich selbstverständlich nur an eine Zusammenfassung von Polizeikräften unter einem Beauftragten des Reiches gedacht, nicht aber an einen Reichskommissar, der Minister absetzt, Beamte entläßt und Verwaltungsmaßnahmen trifft, die mit der Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung nicht das Mindeste zu tun haben.“

Der Staatsgerichtshof hat sich dann vertagt.

Am Donnerstag morgen erörterte zunächst

Professor Billinger die wichtige Frage, ob die kommissarische Regierung Vertreter in den Reichsrat entsenden und instruieren könne. Er vertritt den Standpunkt, daß die kommissarische Regierung jetzt Landesregierung sei, und daß der Einfluß des Reiches sich auf die Ernennung und Abberufung des Kommissars beschränke.

Nach dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen ist nicht damit zu rechnen, daß diese noch im Laufe dieser Woche zu Ende kommen werden.

Politik ging nicht über äußerst vage Redensarten hinaus. Nach einem vom Bayerischen Industriellenverband ihm zu Ehren veranstalteten Bierabend ist Papen in der Nacht zum Donnerstag nach Berlin zurückgefahren.

Wahlterror NS-Versammlungen verboten. Zum Schutz der „Zwischenrufe Andersdenkender“.

Der Düsseldorfer Polizeipräsident hat alle bisher angemeldeten nationalsozialistischen Wahlversammlungen verboten. Die Begründung ist teilweise wörtlich die gleiche, wie sie der Berliner Polizeipräsident für das Verbot der nationalsozialistischen Sportpalast-Versammlung gegeben hat:

Nach den bisherigen Erfahrungen habe ein Teil der Anhänger der NSDAP ein äußerst undiszipliniertes Verhalten an den Tag gelegt, und daher müsse damit gerechnet werden, daß von diesem Teil der Parteimitglieder schon beispielsweise einfache Zwischenrufe Andersdenkender mit Gewalttätigkeiten beantwortet werden könnten. Dadurch würde die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet werden.

Dieses Verbot ist offenbar die Antwort auf die Sprengung einer deutschnationalen Versammlung in Düsseldorf Ende vergangener Woche; bei dieser Sprengung haben Nazis geschossen. Daß der Polizeipräsident sich zu Gunsten der Zwischenrufe andersdenkender Kommunisten so ins Zeug legt, nehmen wir nicht an. Außerdem aber könnten die Nazis wohl die Harzburger Brüder in der Öffentlichkeit noch mehr blamieren, als die „Mampe-Partei“ des Herrn Hugenberg sowieso ist.

Vom täglichen Klassenkampf der Zensur.

In Hamburg wurde eine für Mittwoch abend von der KPD vorgesehene Versammlung verboten: die Polizei war der Meinung, daß aus dem Thema „15 Jahre rote Armee“ geschlossen werden muß (!), daß es sich um eine Kundgebung des verbotenen RFB handele!

Die Polizei des Herrn Mecher hat zwei Aquarelle beschlagnahmt, die vom Bund revolutionärer Künstler in Berlin ausgestellt waren, und in denen die Polizei eine Beschimpfung kirchlicher Einrichtungen erblickt. Die Bilder stellten Nonnen und Dirnen dar und waren „Opfer bürgerlicher Kultur I und II“ genannt.

Der Beginn der Wiederholung des Felsenek-Prozesses

ist vom 13. auf den 17. Oktober verschoben worden. Nachträglich ist gegen den Schlosser Wenzel, der zur Zeit des Ueberfalls auf die Kolonie Felsenek vertretungsweise politischer Leiter des Kampfbundes gegen Faschismus (Bezirk Berlin-Nord) war, Anklage wegen Totschlags an dem NS Schwarz und wegen versuchten Totschlags an dem Nazi Wittkowski erhoben worden.

Arbeiterorganisationen international gegen nationale Zollpolitik.

Aber leider im Verborgenen.

In Amsterdam hat am 1. Oktober eine Zusammenkunft von Delegierten sozialistischer Parteien und Gewerkschaften Belgiens, Dänemarks, Hollands, Luxemburgs und Schwedens stattgefunden, zur Diskussion der für die Arbeiterschaft international äußerst wichtigen Frage: Sollen andere Staaten dem von Belgien, Luxemburg und Holland in Ouchy getroffenen Abkommen beitreten, dem gemäß die Handelsbeschränkungen zwischen diesen drei Staaten vermindert werden sollen?

So interessant diese Zusammenkunft von Arbeitervertretern ist, fast noch interessanter erscheint uns, daß sie in der deutschen Arbeiterschaft fast keine Beachtung gefunden hat. Das ist um so bedauerlicher als selbst die bescheidenen Ergebnisse jener Regierungskonferenz in Ouchy inzwischen bereits stark entwertet worden sind. Belgien ist zur Politik der Kontingentierungen übergegangen; Holland beabsichtigt, seine Zollsätze allgemein zu erhöhen; es wirkt geradezu wie ein Hohn auf jenes Abkommen, wenn man hört, zu seiner Ratifizierung in der holländischen Kammer werde es wohl nicht vor Herbst 1933 kommen. Um so wichtiger ist es, daß die Arbeiterschaft auf Durchführung jenes Abkommens und auf Erweiterung des Kreises der Teilnehmer drückt. Was hat jene Zusammenkunft von Arbeitervertretern in Amsterdam dazu getan?

Die Konferenz beschloß einen Bericht an die zweite Internationale und den Internationalen Gewerkschaftsbund, in dem erklärt wird:

„Die Wirtschaft auf der Erde und insbesondere in Europa wird in steigendem Maße desorganisiert durch die Zolltarif- und Kontingentspolitik, die von allen Staaten befolgt wird in der Absicht, sich selber zu retten auf Kosten der anderen. Diese Politik führt nicht nur zum wirtschaftlichen Zusammenbruch, sondern verstärkt auch die Gegensätze zwischen den Staaten und gefährdet daher die Aufrechterhaltung des Friedens. Bis heute ist es trotz schwerster Verdammungen dieser Politik auf allen internationalen Konferenzen noch nicht gelungen, zu einer Vereinbarung zu kommen, die dieser verhängnisvollen Politik ein Ende setzt.“

Die Konferenz unterstützt den Gedanken, zunächst Übereinkommen zwischen wenigen Staaten zu schließen und so den Weg vorzubereiten für ein allgemeines Übereinkommen. Sie billigt das Übereinkommen von Oslo vom Dezember 1930 (zwischen Dänemark, Norwegen, Holland, Schweden und Belgien) als *ersten Schritt*, trotz seiner verhältnismäßig geringen

konkreten Bedeutung. Sie begrüßt das Übereinkommen von Ouchy vom Juni 1932 (zwischen Holland, Belgien und Luxemburg) und stellt fest, daß es eine noch größere Bedeutung haben würde und einen weiteren Ausblick eröffnen würde, wenn sich andere Staaten ihm anschließen. Die Resolution fügt hinzu: „Die Konferenz nimmt zur Kenntnis, daß die Vertreter der sozialistischen Parteien und Gewerkschaften von Dänemark und Schweden, die schon immer überzeugt sind von der Notwendigkeit eines gemeinsamen Kampfes der kleinen Staaten gegen die protektionistische Reaktion, es übernehmen, die Frage des Abschlusses ihrer Länder wohlwollend zu erwägen.“

Ein *winziger* Schritt, aber ein *winziger Fortschritt!* Und ein wichtiges Vorbild für Gewerkschaften und Arbeiterparteien in den Großstaaten, deren Politik nun einmal das handelspolitische Gesicht der Erde bestimmt. Es war für die Arbeiterorganisationen niemals so wichtig wie heute, die Beschränkung ihrer Politik auf Lohnfragen restlos aufzugeben und mit offenem Blick alle Umstände zu erfassen, die die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft beeinflussen. Zu diesen Umständen gehören heute mit in erster Linie die handelspolitischen Maßnahmen.

Es ist, wie wir schon mehrfach feststellten, erstaunlich und bedauerlich, daß die deutschen Gewerkschaften es den interessierten Unternehmern überlassen, gegen die vom deutschen Reichsernährungsministerium ausgehenden handelspolitischen Abenteuer Front zu machen.

Es wird höchste Zeit, daß sie handelspolitischen Fragen mehr Aufmerksamkeit zuwenden! Rpt.

Was für Narren . . . ?

„Was für Narren sind das, die zu uns kommen und uns sagen: Nun hätten wir so viel Geld ausgegeben, um einen Kanal zu bauen und dadurch ausländische Güter in Manchester billig zu machen; nun sollten wir mehr Geld ausgeben für Zollbeamte und Zollhäuser, um jene Ware wieder teuer zu machen?“
(Winston Churchill in Manchester am 6. September 1909.)

Zwillingsbrüder.

„Kampf für den Freihandel ist Kampf für den Frieden. Schutz Zollpolitik aber ist Willen zum Wirtschaftskrieg. Zölle und Waffen sind Zwillingsbrüder.“
(Lloyd George in einer Rede am 16. März 1932.)

Ein Quadratmeter kostet 765 Mark.

Zur Verbreiterung der Holstenstraße, in der Hauptgeschäftsgegend der Stadt Kiel, gebrauchte die Stadt Kiel eine schmale Grundfläche von insgesamt 46 Quadratmeter, die im Eigentum der Familienstiftung Ahlmann standen. Um den Kosten, Umständen und der Ungewißheit eines Enteignungsverfahrens zu entgehen, erklärte sie sich bereit, im Vergleichsweise freiwillig den Betrag von 535 Mark für den Quadratmeter unbebauten Landes zu zahlen. Diese lehnte ab und forderte die Kleinigkeit von sage und schreibe 765 Mark. Gegenüber dieser Forderung beschloss Magistrat und Stadtverordnete, das Risiko eines förmlichen Enteignungsverfahrens auf sich zu nehmen. Dieses zog sich reichlich 2½ Jahre in die Länge. Am 21. September 1929 setzte der Vorsitzende des Bezirksausschusses in Schleswig durch vorläufigen Bescheid die Entschädigung für den Quadratmeter auf 765 Mark fest. Das hiergegen angerufene Kollegium des Bezirksausschusses bestätigte durch Beschluß vom 27. März 1930 diese Entscheidung. Die hiergegen von der Stadt im ordentlichen Rechtswege erhobene Klage blieb erfolglos. Sowohl das Landgericht Kiel wie auch das Oberlandesgericht Kiel bestätigten in ihren Urteilen vom 26. Januar 1931 und 7. März 1932 nach Anhörung verschiedener Sachverständiger die Festsetzung dieser geradezu exorbitanten Entschädigungssumme von insgesamt 35 190 Mark. Die Einlegung der an sich zulässigen Revision gegen dieses Urteil beim Reichsgericht in Leipzig unterließ die Stadt mit Fug, um nicht noch die sich bereits auf 6000 Mark Gerichts- und Anwaltskosten betragenden Unkosten um weitere erhebliche Beträge zu erhöhen. Denn Verwaltungsgerichte wie auch die beiden ordentlichen Gerichte hatten pflichtgemäß nach Maßgabe des geltenden Rechts zutreffend geurteilt.

Nach dem immer noch in Kraft stehenden § 8 des Preussischen Enteignungsgesetzes vom 11. Juni 1874 (II) muß nämlich bei Enteignungen *vollständige* Entschädigung gewährt und hierbei sogar diejenige Werterhöhung berücksichtigt werden, die *möglicherweise* erst in Zukunft zufolge Steigerung des Verkehrs eintritt.

Auf Betreiben der bodenreformerischen Fraktion „Volkswohl“ im Rathause gelangte die Vorlage des Magistrats, die von den Kieler Stadtverordneten zur Deckung der Entschädigungssumme von rund 41 000 Mark die Aufnahmebewilligung einer Anleihe in dieser Höhe erbat, in öffentlicher Sitzung zur Verhandlung. Einflußreiche Kreise waren bemüht gewesen, die Angelegenheit unter dem Ausschluß der Öffentlichkeit in geheimer Sitzung erledigen zu lassen.

Wir entnehmen diese Mitteilung der Wochenschrift „Bodenreform“ vom 9. Oktober. Sie ist in der Tat ein krasser Beleg dafür, daß eine Bodenrechtsreform notwendig ist.

Diese kann aber sicher nicht, wie der Bund deutscher Bodenreformer es seit Jahrzehnten — fast ohne Erfolg —

versucht, mit Hilfe aller deutschen Parteien durchgesetzt werden. Außerdem genügt die Bodenrechtsreform nicht, es ist außerdem eine Bodenbesitzreform notwendig. Und wenn diese radikal vorgenommen ist, dann wäre erst ein wichtiges Monopol zertrümmert. Wir müssen es also immer wieder als übelste Demagogie brandmarken, wenn der Bund deutscher Bodenreformer behauptet, seine Arbeit diene der „Überwindung der sozialen Not“.

So darf Bodenreform nicht aussehen!

Die katholische Zeitschrift „Schönere Zukunft“ schreibt in Nr. 39 über die „Bodenreform“ in der Tschechoslowakei: „Zu welch grotesken Zuständen die verfehlte Durchführung der Bodenreform geführt hat, erhellt aus folgendem Beispiel: Ein landwirtschaftlicher Grundbesitz im Ausmaß von 55 Hektar an der Grenze einer Stadt wird dem alten Eigentümer um 1400 Kronen pro Hektar enteignet und um 3000 Kronen pro Hektar, also insgesamt um 165 000 Kronen, einem privaten Bewerber zugeteilt, der aber 140 000 Kronen schuldig bleibt. Um die Schuld bezahlen zu können, verkauft er nach einigen Jahren *einen einzigen Hektar Grund* von seinem Besitz als Bauboden um 14 Kronen pro Quadratmeter, also zusammen um 140 000 Kronen. Damit hat er sein Gut bezahlt! Die Kosten haben jene *Fabrikarbeiter* zu begleichen, welche den Baugrund zur Errichtung ihrer kleinen Heimstätten benötigten.“
(Nach der „Bodenreform“.)

Preisausschreiben über Henry George.

Angesichts der steigenden Macht der Großgrundbesitzer in den meisten Ländern und der gleichfalls steigenden Zolleinlagen kommt dem alljährlichen Preisausschreiben der britischen Henry George-Stiftung gerade heute eine besondere Bedeutung zu. Henry George war ein amerikanischer Nationalökonom, der schon 1871 in einer Broschüre und später in dem Buch „Fortschritt und Armut“ klar dargelegt hat, daß das Bodenmonopol die Grundlage der heutigen Gesellschaftsordnung ist, deren hervorragendstes Merkmal die ungleichmäßige Verteilung des Wohlstandes ist. Durch Einführung einer Bodenwertsteuer und durch Freihandel hoffte George eine gerechte Gesellschaftsordnung zustande zu bringen.

Im Rahmen des diesjährigen Preisausschreibens der Henry George-Stiftung sollen Aufsätze über die Grundsätze von Henry George und die Möglichkeiten ihrer praktischen Anwendung bis zum 27. März 1933 eingeschickt werden, für die Preise von 2–10 Pfund Sterling ausgesetzt sind, außerdem eine Anzahl von Trostpreisen in Form von Büchern. Die Veranstalter des Preisausschreibens würden es besonders begrüßen, wenn auch auf Deutschland und anderen Ländern Aufsätze einlaufen. Die genauen Bedingungen des Preisausschreibens sind anzufordern von: The Henry George Foundation, 94, Petty France, London S. W. 1. H. M.

Sinkende Arbeitslosigkeit in Frankreich.

Die Zahl der bei den Arbeitsämtern in Frankreich eingeschriebenen Erwerbslosen ist im September 1932 weiter zurückgegangen. Sie betrug 260 495 am 3. September und 257 193 am 1. Oktober 1932. Dieser Rückgang erscheint unerheblich, würde aber fast doppelt so groß gewesen sein, wenn nicht in der zweiten Septemberwoche die Zahl der Erwerbslosen in dem Hafen St. Nazaire plötzlich wegen Einschränkung der Schiffsbauten um 3000 zugenommen hätte. In fast allen anderen Departements und insbesondere in Paris ist der Rückgang der Arbeitslosigkeit laut Statistik stetig, wenn auch langsam (in Paris zum Beispiel 2½ Prozent während des ganzen Monats September).

Wie wir schon oft an dieser Stelle auseinandergesetzt haben, erlauben diese Zahlen den Schluß, daß nicht nur die Zahl der eingetragenen Erwerbslosen, sondern auch die Gesamtzahl der Arbeitslosen Frankreichs zurückgegangen ist. Da wahrscheinlich nur etwa jeder fünfte oder sechste Erwerbslose bei den Arbeitsämtern eingetragen ist, so folgt, daß der tatsächliche Rückgang der Arbeitslosigkeit für den Monat September mindestens 15 000 beträgt. Diese Schätzung ist wahrscheinlich noch zu niedrig. Unter denen, die schon lange Zeit erwerbslos sind, gibt es immer eine Reihe von Arbeitern, die ihre Ersparnisse aufgezehrt haben und sich erst jetzt eintragen lassen, wodurch der tatsächliche Rückgang der Zahl der Erwerbslosen zum Teil verschleiert wird.

Noch mehr wäre die Zahl der Erwerbslosen zurückgegangen, wenn nicht im September die Zahl der ausländischen Arbeiter, die nach Frankreich zugewandert sind, um 19 000 größer gewesen wäre als die Zahl derer, die in ihre Heimat zurückgekehrt sind. Dabei handelt es sich hauptsächlich um Arbeiter, die zur Arbeit in Zuckerfabriken, Brennereien und Weinbergen aus Spanien und Belgien gekommen sind und offenbar deshalb von den französischen Einwanderungsbehörden zugelassen werden, weil sie bereit sind, für geringere Löhne zu arbeiten als die französischen Landarbeiter.

Auf welche Erwerbszweige erstreckt sich nun der Rückgang der Arbeitslosigkeit vor allen Dingen? Leider stehen uns genaue Zahlen darüber nur für Paris und seine Vororte zur Verfügung. Danach ergibt sich folgendes Bild:

Keine wesentlichen Veränderungen sind zu verzeichnen in der Bekleidungsindustrie, in der Lebensmittelindustrie, in der Industrie der Häute und Felle, im Transportwesen, sowie bei den Büroangestellten. Hier überall ist die Zahl der eingetragenen Erwerbslosen bis auf 1 bis 2 Prozent gleichgeblieben.

Die Zahl der eingetragenen ungelerten Arbeiter ist um etwa 3 Prozent zurückgegangen.

Dagegen zeigen einige der wichtigsten Industrien der Stadt Paris: die Metallindustrie, die Holzindustrie und das Baugewerbe bedeutendere Rückgänge. Am 27. August betrug die Erwerbslosenzahl in diesen Industrien rund 27 500, 7 500, 12 000. Hier hat die Zahl der Erwerbslosen wie folgt abgenommen: Baugewerbe 8 Prozent, Metall- und Holzindustrie 10, 10, 10 Prozent.

Von den Veränderungen in den anderen Departements haben wir schon die Massenentlassungen in St. Nazaire erwähnt. Dem steht eine nahezu genau so große Zunahme der Beschäftigung im Departement Nord (Textilindustrie, Kalklenbergbau, Hafen von Dunkerque) gegenüber. Im übrigen sind keine wesentlichen Veränderungen zu verzeichnen.

Als wesentlicher Ansatz einer weiteren Besserung scheint uns vor allen Dingen die Belebung in der Metallindustrie und dem Bauhandwerk in Paris zu gelten, von denen besonders die erste seit langem arg darnieder liegt.

Gerhard Kumleben (Paris).

FRANKREICH

Butterzoll stark erhöht: Die Einfuhrkontingentierung für Butter wird beseitigt. Statt dessen wird der Zoll für Butter gegenüber Meistbegünstigungsländern von 200 auf 700 Francs erhöht, gegenüber den anderen Staaten auf 1400 Francs.

Gegen die Tenerung! Ausschüsse, in denen auch die Gewerkschaften vertreten sind, sollen die Preisentwicklung von der Erzeugung bis zum Verbrauch überwachen. Normalpreise aufstellen und dafür sorgen, daß diese von den Verkäufern überall ausgehört werden. — Immer das Gleiche: Erst Schutzzölle mit der Wirkung der Preiserhöhung. Dann Maßnahmen zur Unterbindung der Preiserhöhung, die im übrigen kaum eine Wirkung haben, aber ausreichen, um die Bevölkerung zu beruhigen.

DÄNEMARK

Zollerhöhungen werden geradezu en masse angekündigt. Die Devisenzentrale wird abgeschafft. Die Nationalbank bleibt aber von der Goldeinlösbaupflicht entbunden.

Der Handelsminister will Handelsdiktator werden. Der Plan geht dahin, daß er bis zum März 1934, also für ein halbes Jahr unbeschränkte Gewalt über die Wareneinfuhr erhält. Wie man hört, ist bis zu diesem Termin eine Gesamteinfuhr von rund 880 Millionen Kronen vorgesehen. Das würde eine außerordentliche Einschränkung der Einfuhr bedeuten. Die dänische Einfuhr betrug im

4. Vierteljahr 1931	367 Millionen Kronen,
1. Vierteljahr 1932	299 Millionen Kronen;
2. Vierteljahr 1932	264 Millionen Kronen.

DEUTSCHLAND

Ein Arbeitsloser bekam im Monatsdurchschnitt nach den Angaben des Präsidenten Dr. Syrup in den Jahren:

1927	81 Mark,
1928	78 Mark,
1929	76 Mark,
1930	60 Mark,
seit Juni 1932	53 Mark.

Großhandelsindex leicht gesunken: Im Monatsdurchschnitt September beträgt die amtliche Großhandelsindexziffer 95,1, gegenüber 95,4 im August.

Hotelumsätze halbiert: Nach Angaben der Interessenten betragen die Umsätze im deutschen Hotelgewerbe im Jahre 1929 noch 7 Milliarden Mark. Sie sind inzwischen um 52 Prozent zurückgegangen; gegenüber dem Vorjahr beträgt der Rückgang 20 bis 25 Prozent.